



Bezirksjugendring Oberbayern
Maillingerstr. 14 • 80636 München

bezirks
jugendring
oberbayern

des Bayerischen Jugendrings
Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Demokratie in Zeiten der Corona-Pandemie

von: Dr. Uki Maroshek-Klarman, the Academic Director of Adam Institute (Jerusalem)

Seit Monaten wird die Welt von der Corona-Pandemie heimgesucht, die demokratische Regierungen und Lebensformen vor neue, spannende Herausforderungen stellt. Die Notstandssituation bringt Veränderungen für sämtliche Lebensbereiche. Demokraten in vielen Teilen der Welt überprüfen zurzeit ihre ideologischen Grundlagen und demokratischen Mechanismen auf die Frage hin, ob diese die Aufrechterhaltung von Demokratie auch weiterhin gewährleisten. Dies ist aber auch die Zeit, bewusste und unbewusste Faktoren, die menschliche Entscheidungen in Notzeiten bestimmen, näher zu studieren.

Mit diesem kurzen Artikel will ich versuchen, den Einfluss der Corona-Pandemie auf einen Teil der eben genannten Parameter aufzuzeigen und auf die Gefahren und Chancen eingehen, die dieses dramatische Ereignis mit sich bringt. In welche Richtungen werden Entwicklungen gehen? Werden Demokratien zukünftig verstärkt auf gesellschaftliche Solidarität bauen oder werden die Interessen von Einzelnen, Gruppierungen oder Nationalitäten die Wettbewerbsregeln bestimmen?

Repräsentative oder partizipatorische Demokratie?

Die meisten westlichen Länder sind repräsentative Demokratien – ein Demokratiemodell, das auf dem Recht aller Staatsbürger*innen fußt, zu wählen und gewählt zu werden. Repräsentative Demokratien gehen davon aus, dass es nicht machbar ist, alle Bürger*innen über jedes Detail des gesellschaftspolitischen Tagesgeschehens entscheiden zu lassen. Zahlreiche Argumente bekräftigen die Position, politische Sachentscheidungen von Repräsentant*innen des Volkes und nicht unmittelbar durch Einbeziehung möglichst vieler Bürger*innen zu fällen. Ich werde mich hier auf die Nennung der wesentlichen Punkte beschränken: Die Teilhabe sämtlicher Staatsbürger*innen macht einen effektiven Entscheidungsfindungsprozess unmöglich. Zur Aufrechterhaltung eines rationalen Entscheidungsfindungssystems sind Fachkenntnisse und Kompetenzen nötig, über die nicht alle Staatsbürger*innen verfügen. Die Politik ist eine Profession. Gute Politik will gelernt sein.

Die Corona-Pandemie stellt diese Grundannahme und die sie stützenden Argumente in Frage. Die meisten Länder haben mit zeitlich unbegrenzten Ausgangsbeschränkungen auf die Pandemie reagiert. Die vom Corona Virus ausgehenden Gefahren und Auswirkungen sind ungewiss. Noch ist unklar, wie lange es dauern wird, bis ein Impfstoff gefunden ist. Genauso unklar ist, ob es zu einer zweiten Infektionswelle kommen wird. Die Bevölkerung ist stark verunsichert, zumal die Erfahrung mit Situationen dieser Art gering ist. Da weder Expert*innen noch Laien wissen, wie sie mit so einer Situation umgehen sollen, werden die Kompetenzunterschiede zwischen Staatsbürger*innen und den Vertreter*innen des Staates geringer.

Die Vorteile partizipatorischer Demokratien sind beachtlich. In ihnen käme nun beispielsweise der Fähigkeit, Kinder in den eigenen vier Wänden rund um die Uhr zu betreuen, ein hoher Stellenwert zu. In normalen Zeiten zählt Kinderbetreuung nicht zu den ausschlaggebenden Faktoren politischer Entscheidungen. In Notzeiten ist es auch für die Gesamtbevölkerung wichtig, dass Senior*innen lange Zeit allein in ihren Wohnungen bleiben und trotz deutlicher Einschränkungen ihrer Mobilität zurechtkommen. Es ist kein Zufall, dass diese „neuen Expert*innen“ in vielen Ländern zunehmend in Entscheidungen einbezogen werden. Aus demselben Grund werden bestehende Hierarchien hinterfragt. Die Beschäftigten von Not- und Pflegediensten, Ärzt*innen und Krankenhauspersonal haben in diesen Tagen den Status von Celebrities, werden von der Bevölkerung hoch geschätzt und gefeiert. Wir alle haben die Bedeutung ihrer Arbeit und unsere Abhängigkeit von medizinischen Diensten erkannt, so dass die Meinungen dieser Menschen in Entscheidungen einfließen, an denen sie sonst nicht beteiligt gewesen wären. Partizipatorische Demokratien bieten allen Bürger*innen die Möglichkeit, sich am Entscheidungsfindungsprozess zu beteiligen. Die Stärke eines solchen Regierungssystems wird von einem Ereignis wie der Corona Pandemie noch unterstrichen. Die Stimmen von Müttern, Patient*innen, Pflegepersonal und Senior*innen sind essentiell geworden.

Zurzeit werden wir gewahr, wie wichtig die Teilhabe von Bürgern an Entscheidungsprozessen ist. Werden wir, wenn alles vorbei ist, darüber nachdenken, die bestehenden Formen repräsentativer Demokratien zu revidieren?

Die Auswirkungen der Corona Pandemie auf Menschen- und Bürgerrechte

Unser Rechtswesen, demokratische und internationale Institutionen, unser ganzer Lebensstil basiert auf der Respektierung von Menschen- und Bürgerrechten, auf der Gewährung wirtschaftlicher wie sozialer Rechte.

Sämtliche international anerkannten demokratischen Rechte bekommen dieser Tage eine neue Bedeutung und werden anders realisiert. Ich werde auf einige von ihnen eingehen, die Veränderungen aufzeigen, die sie zurzeit durchlaufen und versuchen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das Recht auf Leben

Das Recht auf Leben ist wohl das elementarste aller Grundrechte. Sind Demokratien in der Lage, diese Verpflichtung einzulösen? Die Corona-Pandemie stellt dies in Frage, wenn politische und gesellschaftliche Institutionen, dieses Recht allen Menschen auf gleiche Weise garantieren müssten. Das Corona-Virus gefährdet die gesamte Bevölkerung, allerdings nicht in gleichem Maße. Beispielsweise sind über 65jährige stärker als der Rest der Bevölkerung gefährdet. Da es, wie uns von einigen Regierungsvertreter*innen gesagt wird, an lebensrettenden medizinischen

Geräten fehlt, muss abgewogen werden, wessen Leben erhalten werden soll und welches nicht. Es werden Stimmen laut, die im Tod alter Menschen nichts Schlimmes sehen, die gar nicht erst versuchen wollen, das Leben von Alten zu retten, um die Ressourcen für deren Behandlung einzusparen. Diese Unterminierung des elementarsten demokratischen Grundrechts hat gravierende Konsequenzen. Wollen wir uns ernsthaft damit beschäftigen oder auf so eine Diskussion gar nicht erst einlassen? Wenn die Verpflichtung, Menschenleben zu retten, allgemein ist und für alle Menschen gleich gilt, wäre solch eine Debatte gar nicht legitim. Sollte die Gesellschaft sie dennoch für legitim halten, schließt sich die Frage nach den Grenzen der Relativierung an. Wer setzt die Präferenzen und definiert, welches Leben wie lange erhaltenswert ist und welches nicht? Ich halte es durchaus für plausibel, eine solche Debatte grundsätzlich abzulehnen und sie durch ein kreatives, solidarisches Brainstorming zu ersetzen, bei der wir uns gemeinsam überlegen, wie begrenzt zur Verfügung stehende gesellschaftliche Ressourcen angemessen verteilt werden können, ohne dass wirtschaftliche Überlegungen den Mangel an lebenserhaltenden medizinischen Geräten bestimmen.

Das Recht auf Gesundheit

In einigen demokratischen Ländern wird ausgiebig darüber diskutiert, ob Gesundheit wie Menschen- und Bürgerrechte zu den Grundrechten zählen, oder ob Gesundheit eher wie eine Ware behandelt werden sollte. Die Befürworter von Gesundheit als menschliches Grundrecht sprechen gesundheitliche Leistungen allen Menschen gleich zu, ohne Unterschied von Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht, Nationalität oder wirtschaftlicher Lage. Ausschlaggebend für medizinische Leistungen ist allein deren Notwendigkeit. In die Realität übertragen setzt das Recht auf Gesundheit die Existenz eines öffentlichen Gesundheitswesens voraus, zu dem alle Menschen Zugang haben und selbst in historischen Notzeiten wie diesen die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Für diejenigen, die Gesundheit nicht als menschliches Grundrecht erachten, sind medizinische Leistungen eine Ware wie jede andere auch, über deren Erhalt allein die Fähigkeit entscheidet, diese auch bezahlen zu können. Während der Corona-Pandemie gehen solche Debatten aus vielerlei Gründen in ganz unterschiedliche Richtungen. Die USA, für die Gesundheit kein Grundrecht sondern eine Ware darstellt, sind in eine tiefe Gesundheitskrise geraten. Viele US-Amerikaner sind der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Doch sollte das Recht auf Gesundheit nicht nur deshalb neu überdacht werden. Die Pandemie hat vielmehr deutlich gemacht, dass unsere eigene Gesundheit von der unserer Mitmenschen abhängt. Die Erkrankung unserer Mitmenschen hat direkte Auswirkungen auf unsere eigene Gesundheit. Wenn nur einem Teil der Bevölkerung geholfen wird, bleiben alle gefährdet. Diese Abhängigkeit hat auch zuvor existiert, war uns in unserem Alltag jedoch weniger präsent. Nachdem wir uns die gegenseitige Abhängigkeit vergegenwärtigt haben, stellt sich die Frage, ob diese Erkenntnis auch unsere Einstellung zur Frage von Gesundheit als Grundrecht oder Ware verändern wird? Vielleicht sollten wir andere politische Präferenzen setzen? Zugespitzt könnte die Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeit generell zur Grundlage von Entscheidungsprozessen werden. Es könnte aber auch sein, dass viele demokratische

Länder wie gehabt auf das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen und individuelle Freiheiten pochen werden.

Das Recht auf Arbeit

In vielen demokratischen Ländern wird zurzeit heftig über das Recht auf Arbeit diskutiert. Sollte es als Grundrecht verankert werden, oder sollte die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten, den Regeln des freien Marktes unterliegen?

Produktionsverfahren und menschliche Bedürfnisse haben sich geändert und Debatten, die in letzter Zeit gleich mehrmals eine Wende genommen haben, weiter verschärft. Zurzeit sitzen viele Menschen in ihren Wohnungen und können wegen Ansteckungsgefahr nicht zur Arbeit zu gehen. Die Angst vor einer Weltwirtschaftskrise treibt viele von ihnen insgeheim um. Fragen, die bis vor kurzem noch absurd schienen oder philosophischen Zukunftsdebatten vorbehalten waren, sind auf einmal von allgemeiner Relevanz:

Welcher Bezug sollte zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Grundversorgung bestehen? Sind beide Begriffe zwangsläufig miteinander verkoppelt? Oder wäre es unter den gegebenen Umständen und vielleicht auch im Anschluss an die Pandemie denkbar, beide Begriffe voneinander loszulösen?

Was wäre, wenn der Staat jedem/jeder Bürger*in, ganz gleich ob er/sie arbeitet oder nicht, einen Mindestlohn zur Verfügung stellt? Oder sollte die Verknüpfung von Arbeit und Lohn als Beitrag zur Gesellschaft wie gehabt beibehalten werden? Bei wem liegt die Verantwortung, Bürger*innen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, ihren Unterhalt zu bestreiten? Sollte die Zuständigkeit bei Einzelnen, dem Staat, der Gemeinschaft oder anderen Faktoren liegen?

Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie herrschte die neoliberale Devise, die Arbeitslosen die Schuld an ihrer Misere gab. Nun führt uns die gegenwärtige Situation deutlich vor Augen, dass es jeden von uns treffen kann, ob Arbeitsbereitschaft und -wille vorhanden sind oder nicht. Jeder von uns kann unverschuldet in die Lage kommen, keine Arbeit zu finden. Da es Aufgabe des Staates ist, für die Grundversorgung seiner Bürger*innen zu sorgen, ganz gleich ob sie arbeiten oder nicht, könnte sich aufgrund neuerer Erfahrungen und Erkenntnisse in diesem Bereich einiges ändern.

Die Corona-Pandemie hat viele Menschen zu neuen Ideen inspiriert, die uns kurz- und längerfristig aus der wirtschaftlichen Krise helfen könnten. Viele Menschen haben sich solidarisch gezeigt, mit ihren Initiativen die Verknüpfung zwischen Arbeit und Bezahlung aufgehoben und neue Wege zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse aufgezeigt.

Wir hören von Menschen, die Geschäftsinhaber*innen für zukünftige Leistungen zahlen. Konsument*innen, die es finanziell weniger getroffen hat, zeigen sich solidarisch mit denjenigen, die ihre Geschäfte zurzeit nicht öffnen dürfen und haben eine Art bankenloses

Darlehen geschaffen. Auf die gesamte Wirtschaft übertragen, könnte diese Alternative revolutionär, ja gar bedrohlich wirken. In Zeiten von Corona ist dies eine reale Option.

Unterschiedlichste Communities haben „Banken mit Zeitkonten“ gegründet. Die Mitglieder dieser Gruppen listen die Fähigkeiten auf, die sie Anderen zur Verfügung stellen können und führen den eigenen Bedarf an - Dinge, die sie sich aufgrund fehlender Einnahmen zurzeit finanziell nicht leisten können. Dies ist im Grunde genommen nichts anderes als ein bargeldloser Tauschhandel, der es den Mitgliedern der Gruppe erlaubt, auch ohne Einnahmen ein würdevolles Leben zu führen.

Als letztes Beispiel in diesem Zusammenhang möchte ich die enorme Spendenbereitschaft erwähnen. Viele Menschen sind bereit, ihren Mitmenschen durch Spenden ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung ist von großer Bedeutung, obgleich sie auch die Sorge aufwirft, dass staatliche Institutionen die Situation zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen nutzen und der Öffentlichkeit weis machen könnten, dass sich das althergebrachte „Wohlfahrtsnetz“ auch durch Spenden betreiben lasse. Sind die vielen Spenden also ein Segen oder als Problem anzusehen, das es zu lösen gilt? Wir sollten diesbezüglich klar Position beziehen.

Die vielen, diversen Lösungsbeispiele haben eines gemeinsam. Sie alle sprechen von der Möglichkeit, eine neue Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der Menschen, die keine Einkommensmöglichkeit haben, nicht in ihrer Existenz bedroht sind. Sie alle ersetzen die Regeln des freien Marktes durch Solidarität. Nun sind wir alle aufgefordert, die Konsequenzen einer graduellen Entkopplung von Arbeit und Entgelt zu durchdenken. Oder wollen wir alte Strukturen auch nach der Corona-Pandemie unverändert beibehalten?

Die Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen

Geflüchtete und Migrant*innen geht es in pandemischen Zeiten besonders schlecht. Sie sind die Ersten, die finanziell und sozial betroffen sind. Wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage schlecht ist und Ressourcen beschränkt sind, meinen viele, dass zunächst einmal die eigenen Bürger*innen versorgt werden müssten. Nationale und andere Gruppierungen schotten sich ab und kümmern sich zunächst einmal um die Mitglieder der eigenen Gemeinschaft. Geflüchtete werden ausgegrenzt. Ihre Rechte werden schneller beeinträchtigt als die anderer Gruppen. Die Möglichkeit, in ein anderes Land zu gehen oder in Herkunftsländer zurückzukehren, existiert in Zeiten der Abriegelung so gut wie nicht. Wird die Corona-Pandemie die Debatte über Flüchtlingsrechte verändern? Sollten alle Geflüchteten, die sich innerhalb der Landesgrenzen befinden, automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten? Oder werden ihnen weitere Bürgerrechte vorenthalten und sich ihre Situation weiter verschlechtern?

Rechtlose Geflüchtete fördern die Bildung illegaler Marktwirtschaften und führen zum Anstieg von Kriminalität. Wie die Corona-Krise bereits jetzt deutlich zeigt, sind wir von der wirtschaftlichen Situation unserer Mitmenschen abhängig, was zu einer neuen Solidarität mit Geflüchteten und Migrant*innen führen könnte.

Die Rechte von wohnsitzlosen Menschen

Wohnsitzlose Menschen leben von Spenden durch Passant*innen, vom Sammeln und Einlösen von Pfandflaschen und Essensspenden der Restaurants. Während der Corona-Pandemie fallen all diese Möglichkeiten weg. Restaurants sind geschlossen, Pfandflaschen dürfen wegen Ansteckungsgefahr nicht mehr eingelöst werden (*Regelung in Israel, Anmerkung Übersetzung*) und der Rückgang des Passantenstroms lässt Spendeneinnahmen schrumpfen. Wohnsitzlose Menschen, die ohnehin schon in schlimmer Armut gelebt haben, sind nun in ihrer Existenz bedroht, was sowohl für diejenigen, die auf der Straße leben, wie auch für andere lebensgefährlich sein kann. Die Angst vor steigender Kriminalität wird akuter.

Die neue Lage spitzt eine ohnehin schon gefährliche Situation weiter zu. Risiken sind nicht mehr überschaubar und es stellt sich die Frage, wie wir mit diesen neuen Erkenntnissen gegenwärtig und zukünftig umgehen wollen? Soll das Recht auf Wohnraum zum Grundrecht werden, wollen wir mittellose Menschen der Straße überlassen, die Gefährdung ihres Lebens in Kauf nehmen oder ihnen zukünftig auch ohne Arbeit ein staatliches Grundgehalt zahlen?

Das Recht auf Privatsphäre

Die Angst vor dem Verlust der Privatsphäre ist bereits vor der Corona-Pandemie thematisiert worden. Ursprünglich für militärische Zwecke entwickelte Technologien zur Beobachtung von Menschen existieren seit langem. Ein Notstand wie die Corona-Pandemie überzeugt Bürger*innen nun leichter von der Notwendigkeit, sich überwachen zu lassen. In vielen Ländern werden Bürger*innen mit Hilfe ihrer Mobiltelefone beobachtet, um staatlichen Einrichtungen zu ermöglichen, Ansteckungsherde zu orten und diejenigen zu warnen, die in ihrer Nähe gewesen sind. Der Erhalt dieser Informationen ist von großem Nutzen, doch besteht gleichzeitig auch die Sorge, dass sie antidemokratisch genutzt werden könnten. Nicht regierungskonforme Menschen könnten überwacht und persönliche Daten für Werbezwecke missbraucht werden. Sollten wir gerade jetzt die Beeinträchtigung unserer Privatsphäre aufmerksam verfolgen oder sie vorübergehend hinnehmen? Sollten Bürger*innen stärker oder weniger überwacht werden? Welche rechtlichen Möglichkeiten haben wir, um uns vor Missbrauch der über uns gesammelten Daten zu schützen?

Umweltschutz und die Sorge um das Schicksal der Erde

Die Pandemie hat Menschen auf der ganzen Welt zur Einschränkung ihrer Reise- und Flugaktivitäten gezwungen. Wirtschaftliche Aktivitäten sind weltweit geschrumpft. Diese Veränderungen wirken sich positiv auf unsere Umwelt aus. Umweltaktivist*innen verweisen auf die Rückkehr vieler Tiere in Habitate, aus denen sie vor längerer Zeit verdrängt worden sind. Luftverschmutzungen gehen zurück. So betrachtet, ist die Corona-Pandemie für viele ein Segen.

Wir befinden uns in einer völlig neuen Situation, die demokratische und teils durchaus pragmatische Grundsatzfragen aufwirft. Weshalb haben wir es nicht auch ohne akute Bedrohung geschafft, Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf unsere Welt auswirken? Sind erst massiver staatlicher Druck und Zwang notwendig, um das Verhalten von Bürger*innen zu ändern und die Umwelt zu schützen oder wäre dies auch anders denkbar gewesen?

Schlussfolgerungen

Überall auf der Welt versuchen Staaten mit unterschiedlichsten Methoden, ihre Bürger*innen vor Infektionen zu schützen. Einige Länder beschließen gesetzliche Ausgangssperren, die mit Hilfe von Polizeikräften durchgesetzt werden. Andere Länder überlassen ihren Bürger*innen die Verantwortung. So hat Schweden beispielsweise keine harten Ausgangsbeschränkungen verhängt, um seine Bürger*innen vor Ansteckungen zu schützen und stattdessen an die Vernunft der Bevölkerung appelliert. Israelis dagegen werden zu Maßnahmen gezwungen, die gewählte Repräsentant*innen für richtig befunden haben. In Schweden geht man davon aus, dass Bürger*innen einsichtig genug sind und dass es im persönlichen Interesse liegt, die eigene Gesundheit im öffentlichen Raum nicht zu gefährden. Israel wiederum meint, dass die Gesundheit seiner Bürger ohne gesetzlichen Zwang gefährdet ist.

Zwischen diesen beiden Positionen gibt es noch eine dritte Kraft, die in Politik und Medien viel zu wenig zum Ausdruck gekommen ist. Damit meine ich die Solidarität. Weder Strafen, noch ein von eigenen Interessen geprägtes Verhalten können eine Antwort auf zwei so konträre menschliche Bedürfnisse wie Selbstbestimmung und gesundheitlicher Schutz geben. In Krisenzeiten können weder die Angst vor polizeilichen Maßnahmen, noch persönliche Vorteile unsere Bedürfnisse befriedigen. Ein solidarisches Bewusstsein dagegen würde dem Einzelnen seine Entscheidungsfreiheit und ihn aus Empathie für seine Mitmenschen handeln lassen. Daher braucht es vor allem Maßnahmen, die Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Sie böten Lösungen für die hier beschriebenen wirtschaftlichen Herausforderungen an und könnten der Befürchtung entgegenwirken, dass antidemokratische Kräfte die Lage unter dem Vorwand, Bürger*innen schützen zu wollen, ausnutzen.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, wird nun deutlich, weshalb ich meinen Artikel mit einer Debatte über repräsentative und partizipatorische Demokratien begonnen habe. Partizipatorische Demokratien bringen Menschen miteinander in Kontakt. Ihr Bewusstsein und

Gehör für andere Meinungen, Bedürfnisse und verschiedene Positionen wird geschärft und stärkt die Solidarität, die Menschen aus freiem Wille und aus Empathie für ihre Mitmenschen handeln lässt.

Sollten die Prognosen zutreffen, dass es aufgrund klimatischer Veränderungen zukünftig zu weiteren Krisen kommen wird, könnten alternative Demokratie- und Wirtschaftsmodelle von äußerster Wichtigkeit sein. Wir sollten diese Krise nutzen, um aus ihr zu lernen.

In diesem Artikel habe ich mögliche Debatten über alternative demokratische Modelle in Krisenzeiten skizziert, jeweils die Vor- und Nachteile repräsentativer und partizipatorischer Demokratien aufgezeigt und eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Beispiele von gesellschaftlicher Solidarität bis zur Beibehaltung des bestehenden (manchmal mehr, manchmal weniger fairen) Wettbewerbs um Ressourcen angeführt. Als Pädagog*innen sollten wir uns fragen, was wir aus der jetzigen Situation lernen können, ob wir unsere demokratischen Systeme revidieren, oder in der Hoffnung, dass sich so eine Krise nicht wiederholen wird, bei den existierenden Varianten bleiben wollen.

Dr. Uki Maroshek-Klarman

Pädagogische Direktorin des Adam-Instituts für Demokratie und Frieden in Jerusalem. Sie entwickelte zahlreiche Bildungsprogramme zu Gleichberechtigung und Konfliktlösung - wie das in Deutschland populärste Programm "Betzavta".

<http://www.adaminstitute.org.il/language/en/whats-new/>

Aktuelle Veröffentlichung:

Maroshek-Klarmann, Uki / Rabi, Saber (2015):

Mehr als eine Demokratie - Sieben verschiedene Demokratieformen verstehen und erleben.

73 Übungen nach der "Betzavta"-Methode.

1. Auflage Dezember 2015, 400 Seiten, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.